
Jens Weber, jens@osterzgebirge.org

Altenberg, 11. Juni 2026

An das tschechische Umweltministerium:

Ministerstvo životního prostředí
Odbor posuzování vlivů na životní prostředí
Vršovická 1442/65
100 10 Praha 10
Email: lithium.cinovec@mzp.gov.cz

**Gemeinsame Stellungnahme
von Grüner Liga Osterzgebirge e.V. und Natürlich!Osterzgebirge e.V.
zur UVP Lithium-Bergbauvorhaben Cínovec der Firma Geomet s.r.o.
(grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übermitteln wir Ihnen die gemeinsame Stellungnahme der beiden Umweltvereine Grüne Liga Osterzgebirge e.V. und Natürlich!Osterzgebirge e.V..

Innerhalb von 30 Tagen war es kaum möglich, in zivilgesellschaftlichem "Freizeit"-Engagement die mit 2.800 Seiten überaus umfangreichen Unterlagen zu prüfen. Zumal die Übersetzungen teilweise nur schwer verständlich, teilweise missverständlich, sind. Es ist bedauerlich, dass Sie keine Fristverlängerung gewähren konnten.

Falls es nach einer - aus unserer Sicht zwingend erforderlichen - wesentlichen Überarbeitung der UVP-Unterlagen kommt, wären wir Ihnen über frühzeitigere Beteiligung mit weniger Termindruck dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Jens Weber (im Auftrag der genannten Vereine)

1. Grundsätzliches

Das Geomet-Projekt ist extrem überdimensioniert und hochriskant

Die geplanten Abbaumengen sind in den vergangenen Jahren immer größer geworden und übersteigen die historischen Vergleichswerte der Region (Zinn-/Wolframabbau Cínovec II; VEB Zinnerz Altenberg) um ein Vielfaches.

Im Unterschied zu allen anderen bekannten Festgestein-Lithiumbergwerken der Welt sollen hier im Untertagebergbau extrem große Erzmengen (3,2 Millionen Tonnen pro Jahr auf der tschechischen und 3,5 Millionen Tonnen pro Jahr auf der deutschen Seite) mit Großkammersprengungen unter einer bewohnten Ortschaft und einem außerordentlich sensiblen Naturraum herausgesprengt werden.

Unseres Wissens gibt es weltweit kein vergleichbares Bergwerk, wo unter einem besiedelten Bereich (unter dem zumal brüchige Altbergauschichten mit einer Mächtigkeit von 100 Meter liegen) derartig gigantische Hohlräume gesprengt werden, ohne dass dies gravierende Schäden für die darüber lebenden Menschen - sowie Flora und Fauna - verursacht. Zinnwald Lithium plc/GmbH (das auf der deutschen Seite benachbarte Vorhaben) nannte in öffentlichen Veranstaltungen wiederholt das schwedische Bergwerk Kiruna als "Vorbild". Dort allerdings musste der Ort umgesiedelt werden, da der Bergbau das Leben an der Oberfläche bedroht. Vorausgegangen war 2020 unter Kiruna ein "mine collapse", der zu einem der stärksten in Schweden je registrierten Erdbeben führte.

Wichtig ist bei allen Planungen von Lithiumbergbau unter Zinnwald / Cínovec: es handelt sich um eine mit durchschnittlich 0,2 % Lithiumgehalt um eine ausgesprochen arme Lagerstätte. (Die großen Tagebaue in Australien fördern Erz mit 3 bis 4 % Lithiumgehalt.) Um dennoch auf eine marktfähige Ausbeute zu kommen, haben sowohl Geomet s.r.o. als auch Zinnwald Lithium plc/GmbH ihre Erz-Förderziele im Laufe der letzten Jahre in schier unrealistische Dimensionen hochgeschraubt. Es ist nicht davon auszugehen, dass die dafür nötigen Ressourcen (Wasser, Energie, Beton als Versatzmaterial, ...) in den nötigen Größenordnungen dauerhaft bereitgestellt werden können.

Davon abgesehen: Lithiumbergbau im Festgestein erfolgt weltweit fast überall auf ein Mineral namens Spodumene. Dieses enthält halb so viele chemische Elemente als Zinnwaldit, die Summenformel ist wesentlich kürzer als beim hochkomplexen Zinnwaldit-Glimmer. Außerdem finden sich im Gestein unter Zinnwald laut Mineralienatlas rund hundert weitere Minerale mit fast vierzig unterschiedlichen Elementen. Offenkundig gibt es bisher noch kein Verfahren, das über den Maßstab von kleinen Versuchsreihen herausgegangen ist, um aus diesem Stoffgemisch mit dem sehr geringen Li-Anteil Lithiumhydroxid bzw. Lithiumcarbonat zu gewinnen. Es handelt sich mithin um ein technisches Großexperiment mit offenem Ausgang - technologisch, wirtschaftlich und ökologisch.

Grenzüberschreitende Verfahrensbeteiligung entspricht weder dem Geist noch den Buchstaben des Espoo-Vertrags

Seit zwei Jahren drängen die Grüne Liga Osterzgebirge, die Bürgerinitiativen der Region sowie weitere Partner auf die Durchführung eines geordneten grenzüberschreitenden Beteiligungsverfahrens nach Espoo-Konvention. Entsprechende Schreiben an die Umweltministerien in Deutschland und Sachsen wurden zunächst ignoriert, dann setzte scheinbar eine Art "Schwarze-Peter-Spiel" ein, bei dem am Ende die deutsche Zuständigkeit beim Sächsischen Oberbergamt landete. Dieses teilte uns im April 2025 mit: "Erst wenn der UVP-Bericht als Teil des obligatorischen Rahmenbetriebsplans mit dem Antrag auf Durchführung eines bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens vorgelegt wird, kann geprüft

werden, ob das Vorhaben erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen hat." Diese Abwartehaltung entspricht nicht dem Inhalt der Espoo-Konvention! Im international vereinbarten "Leitfaden für die praktische Anwendung der Espoo-Konvention" ist das mehrstufige Verfahren eindeutig dargelegt. Dieses beginnt mitnichten erst mit der Übermittlung des UVP-Berichts für das jeweilige Vorhaben auf einer Seite der Grenze. Vielmehr fordert es den frühzeitigen Austausch der für die UVP erforderlichen Informationen. Dieser Austausch hat in diesem Fall offensichtlich nicht oder nur sehr eingeschränkt stattgefunden. Anders lässt es sich kaum erklären, dass in den UVP-Unterlagen von Geomet zahlreiche wichtige Informationen nur auf der tschechischen Seite erhoben wurden und viele Darstellungen unmittelbar an der Grenze enden.

Nach Artikel 5 der Espoo-Konvention "mögliche Alternativen zur geplanten Tätigkeit, einschließlich der Möglichkeit, die Tätigkeit zu unterlassen, sowie mögliche Maßnahmen zur Verminderung erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen" behandelt werden. Überlegungen zur Verminderung erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen finden sich in den Unterlagen kaum - vielmehr wird auch hier verharmlost. Dies lässt sich wahrscheinlich dadurch erklären, dass die zuständigen Behörden auf beiden Seiten der Grenze ihre Verpflichtungen zu frühzeitigen Konsultationen nicht mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit wahrgenommen haben.

Völlig unzumutbar sind die Bedingungen, unter denen die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet. Laut Espoo-Konvention sollen sich die Vertragsparteien zu Beginn "auf einen angemessenen zeitlichen Rahmen hinsichtlich der Dauer der Konsultationen" einigen. Erst kurz vor Beginn der Veröffentlichung der UVP-Unterlagen bekamen die betroffenen Bürger (ebenso wie Umweltvereine und andere zivilgesellschaftliche Akteure) Kenntnis von der Möglichkeit, sich zu beteiligen. Im "Leitfaden für die praktische Anwendung der Espoo-Konvention" steht hingegen: "Es empfiehlt sich, die Benachrichtigung möglichst frühzeitig zu verschicken, vorzugsweise vor dem Scoping ..." Dies wäre schon vor mehreren Jahren der Fall gewesen. Ganz generell ist festgehalten: "Die Öffentlichkeitsbeteiligung wird als ein überaus wichtiger Aspekt der Anwendung des Übereinkommens betrachtet."

Innerhalb von einer knappen Frist von 30 Tagen "durften" sich zwischen 12. Mai und 11. Juni die Menschen zu einer schier erdrückenden Masse von 20 Dokumentenpaketen mit insgesamt über 2.800 Seiten durcharbeiten. Für berufstätige Normalbevölkerung eine kaum zu bewältigende Herausforderung!

Die meisten dieser Dokumente sind unzumutbar schlecht strukturiert und mangelhaft übersetzt. Letzteres führt zu Verwirrungen, bis hin zu schwerwiegenden Missverständnissen. Zum Beispiel verursacht wiederholt der Begriff "Tagebau" Schrecken bei den Menschen in Zinnwald - gemeint sind hoffentlich aber die übertägigen Anlagen des Bergwerks. Sehr schwierig ist außerdem die Verwendung unzähliger Abkürzungen, die nicht im Abkürzungsverzeichnis (Dokument 1.1, S. 14/15) aufgeführt sind. Verwirrend wirkt auch die willkürliche Verwendung unterschiedlicher Koordinatensystem, die es nahezu unmöglich macht, ortskonkret die Unterlagen von Geomet zu prüfen.

Andererseits werden aber der deutschen Öffentlichkeit zahlreiche Dokumente vorenthalten, die sehr wahrscheinlich auch grenzübergreifende Auswirkungen beinhalten. So fehlen unter anderem deutsche Übersetzungen für folgende Unterlagen:

- 08 Landschaftscharakter (MZP536_prilohaDokumentaceDOC_1 (1)\Samostatné studie\08_Krajinný ráz.pdf)

- 09 Bewertung der Auswirkungen von Entwaldung auf verbleibende Bestände auf Flächen mit Waldfunktion (MZP536_prilohaDokumentaceDOC_1 (1)\Samostatné studie\09_Hodnocení vlivu odlesnění na ponechané porosty na PUPFL.pdf)
- 10a Verkehrsuntersuchung_Straße (MZP536_prilohaDokumentaceDOC_1 (1)\Samostatné studie\10a_Dopravní studie_Silniční.pdf)
- 11 Sozioökonomische Auswirkungen des Lithiumabbaus (MZP536_prilohaDokumentaceDOC_1 (1)\Samostatné studie\11_Socioekonomické dopady těžby lithia.pdf)

Es drängt sich insgesamt der Eindruck auf, dass Öffentlichkeitsbeteiligung hier eher als unumgängliche lästige Pflicht betrachtet wird und nicht als "überaus wichtiger Aspekt der Anwendung des (Espoo-)Übereinkommens"!

Ungenügende Berücksichtigung der Auswirkungen auf deutscher Seite sowie der kumulativen Auswirkungen mit dem konkurrierenden Lithium-Bergbauvorhaben von Zinnwald Lithium plc/GmbH

In allen Dokumenten wiederholt sich das gleiche Bild: die meisten Kartendarstellungen enden an der Staatsgrenze - nördlich davon weiße Fläche, unbekanntes Terrain. Dies zeigt, dass die Planer von Geomet s.r.o. sich bisher kaum Gedanken gemacht haben über die Auswirkungen ihres Vorhabens jenseits der Grenze. Das gleiche gilt übrigens genauso für die Planungen von Zinnwald Lithium plc/GmbH. Schon allein aus wirtschaftlichen Gründen ist es völlig unverständlich, dass die beiden Unternehmen ihre Planungskapazitäten nicht bündeln und gemeinsame Kartierungen durchführen, grenzüberschreitende Modelle entwickeln, die Ressourcenverfügbarkeit (Wasser, Energie, Platz) aufeinander abstimmen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die die weitgehende Ignoranz der wechselseitigen Auswirkungen akzeptiert, ist nicht vorstellbar - und würde mit hoher Wahrscheinlichkeit auch kaum gerichtsfest sein.

Aus ökologischer Sicht fällt vor allem auf, dass es ganz offensichtlich keine Biotopkartierung und Erfassung von Vorkommen relevanter Flora-/Fauna-Artengruppen nach einheitlicher Methode und in vergleichbarer Tiefgründigkeit gegeben hat. Es ist auch nach dem Studium der betreffenden Unterlagen unklar, ob auf der tschechischen Seite tatsächlich Vor-Ort-Aufnahmen durch Biologen erfolgt sind, oder ob auch hier alle Angaben nur aus Datenbanken herausgezogen wurden. Mit Sicherheit jedenfalls hat sich Geomet für die Betrachtung der deutschen Seite nur mit oberflächlichen desktop studies begnügt. Dabei hat Zinnwald Lithium tatsächlich umfangreiche Kartieraufträge an ein regionales Landschaftsplanungsbüro mit durchaus profunden Artkennern in Auftrag gegeben. Deren Erfassungsdaten liegen unseres Wissens noch nicht öffentlich vor, hätten aber auch mit aktuellem Arbeitsstand zu einer deutlich besseren Abschätzung der grenzüberschreitenden und potentiell kumulativen Auswirkungen beider Vorhaben auf die biotischen Schutzgüter führen können.

Wie mangelhaft der Austausch zwischen den Planern der beiden industriellen Großvorhaben (mit hohem Zerstörungspotential) ist, zeigt sich beispielhaft im Kapitel "Kumulation von Einflüssen" des Dokuments "Bewertung von Auswirkungen des Eingriffs auf die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes". Im Anschluss an zahlreiche tschechische Vorhaben, von denen die meisten wenig Relevanz aufweisen, kommt schließlich ganz zum Schluss das Projekt "Lithiumabbau in Zinnwald". Doch dafür wird ein völlig veralteter Planungsstand herangezogen, nämlich die längst von Zinnwald Lithium plc/GmbH verworfene "Bärenstein-Variante" der Aufbereitungsanlagen und Abraumdeponie. Die Karte (Unterlage 06, S.423) zeigt die abstruse Planung, mit der damals noch das Vorgängerunternehmen Deutsche

Lithium GmbH das Scopingverfahren begonnen hatte. Seit 2024 plant ZL die Anlagen bei Liebenau, und dorthin einen über 9 km langen Tunnel. Diese Tunnelvariante kann durchaus auch Einfluss auf das Wasserregime haben und sollte deshalb im Rahmen einer grenzüberschreitenden hydrologischen Gesamtplanung berücksichtigt werden. Tatsächlich rechnet ZL damit, in diesem Stolln das Prozesswasser für die Chemiefabrik in Liebenau bzw. den Bergwerksversatz zu gewinnen.

Davon abgesehen: gemäß Pre-Feasibility Study und den Angaben in ihrer freiwilligen USVP geht Zinnwald Lithium plc/GmbH jetzt nicht mehr von "nur" 1,5 Millionen Erzförderung pro Jahr aus, sondern will bereits nach wenigen Betriebsjahren die Förderung auf 3,5 Millionen t/a erhöhen. Die Angaben auf S. 422, Unterlage 06, sind also wahrscheinlich längst überholt. Damit stimmt aber auch die Grundlage für die Abschätzung der kumulativen Auswirkungen beider Projekte nicht mehr.

Besonders bedenklich ist, dass auch das Sprenggutachten (Unterlage 14) seine Betrachtungen auf den tschechischen Teil des Gebiets beschränkt. Soweit erkennbar, werden die kumulativen Wirkungen mit einem ebenso rabiät geplanten Sprengregime (ebenfalls "sublevel stoping", vergleichbare Förderziele) komplett außer Acht gelassen. Bereits der gesunde Menschenverstand sagt, dass es bei parallelen Großsprengungen Interferenzen der Druckwellen oder andere Kombinationswirkungen geben kann.

Auffallend ist weiterhin, dass im Sprenggutachten ausschließlich Gebäude auf der tschechischen Seite berücksichtigt werden. Lediglich für die Gäste des Besucherbergwerks Bünau-Stolln werden Belästigungen in Aussicht gestellt. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben die Welterbestätten der Montanregion Erzgebirge / Krušnohoří auf der deutschen Seite, unmittelbar hinter der Grenze. Die Unterlage 2 (S.428f) stellt nur die Welterbe-Objekte bei Krupka dar - auch diese Karte ist an der Grenze abgeschnitten. Dennoch kommen die Planer aus unerfindlichen Gründen zur Einschätzung: "Die Auswirkungen werden insgesamt als unbedeutend bewertet, und zwar in allen Varianten. Die Auswirkungen werden nicht grenzüberschreitend sein." (Unterlage 2, S. 692)

Es ist zwingend erforderlich, dass ein unabhängiges, grenz- und projektübergreifendes Sprenggutachten erarbeitet wird, welches auch Wechsel- und Kombinationswirkungen des Bergbaubetriebs auf deutscher und tschechischer Seite vorausberechnet!

Standsicherheit des Deckgebirges

Sprengregime, Hohlraumdimensionen und Sicherheitsrisiken

Das geplante Sprengregime namens "Sub-Level Open Stoping" gilt als besonders effektiv für große und gleichmäßige Erzkörper und kann dort zum Einsatz kommen, wo keine "Kollateralschäden" an darüberliegenden Siedlungsbereichen und Landschaften zu befürchten sind. Für Zinnwald / Cínovec und dessen von Klüften durchzogenen Untergrund sowie den höchst wertvollen Ökosystemen in der Umgebung kann all dies nicht gelten. Tägliche Großkammersprengungen von 20 Metern Höhe, 16 Metern Breite und 6 Metern Tiefe (mit vier Kammern vertikal x fünf Kammern horizontal) sind hier vielmehr absurd Größenwahnsinnig und vollkommen unverantwortlich!

Bemerkenswert sind die weit unterschiedlichen Angaben zur Sprengstoffmenge in den verschiedenen UVP-Dokumenten. In Unterlage 1.1 werden 1.410,60 kg Sprengstoff pro Sprengung aufgeführt (Tabelle 5, S. 125f). Das Sprenggutachten, Unterlage 14, hingegen geht von 4.500 kg/Tag aus (S. 3; 39). Die durchschnittliche Zahl der Sprengungen soll zwischen 1,1 pro Tag in der Anfangsphase und 1,8 Sprengungen pro Tag in der Endphase liegen (Unterlage 1.1, S.127) Nach dem Wert des Sprenggutachtens wären kämen damit zwischen

2.500 und 4.000 kg Sprengstoff pro Sprengung zum Einsatz - und nicht rund 1.400 kg, wie an vielen Stellen der Unterlagen wiederholt angegeben wird. Noch fragwürdiger ist die Angabe auf S. 33 der Unterlage 1.1, wo von einem "jährlichen Verbrauch an Emulsionssprengstoff von ca. 2.917 Tonnen" die Rede ist. Geteilt durch 365 ergäbe dies einen täglichen Sprengstoffeinsatz von fast 8.000 kg, also zwischen rund 4.500 kg und 7.200 kg pro Sprengung!

(Inkonsistenzen dieser Art ziehen sich auch anderen Stellen durch die Dokumente und lassen auf wenig Professionalität der Planer schließen.)

Für die ersten beiden Betriebsjahre lässt sich aus den (verwirrenden) Angaben der Unterlagen ein Fördervolumen von bereits einer halben bis einer Million Tonnen, also auch mehreren hunderttausend Kubikmetern schlussfolgern. Doch auf den Versatz soll in dieser Anfangsphase verzichtet werden, damit also auch auf die unmittelbare Stabilisierung des Hangenden. Die Sicherheit wird offenbar bereits in den Anfangsjahren der möglichst raschen Gewinnerzielung untergeordnet.

Vergleich mit Sprenggutachten Müller 2018

Laut Dokument 14 ("Gutachten der Sprengarbeit Cínovec") sollen pro Tag bis zu zwei Sprengungen mit jeweils 1.770 Kubikmetern erfolgen, um die geplante Erzförderung von 3,2 Millionen Tonnen pro Jahr zu erreichen. Dies entspricht dem Vielfachen dessen, was ein anderes Sprenggutachten vor wenigen Jahren als vertretbar für den deutschen Teil des Erzkörpers als vertretbar angesehen hatte!

Grundlage für den Rahmenbetriebsplan der Deutschen Lithium GmbH 2019 war unter anderem das "Fachgutachten Sprengerschütterungen" (Müller 2018). Das Projekt sah damals eine Jahresförderung von 0,5 Millionen Tonnen Erz vor - also weniger als ein Sechstel der jetzigen Pläne von Geomet, am gleichen Erzkörper, aber unter nahezu identischen geologischen Bedingungen. An 250 Arbeitstagen im Jahr hätte dies eine Fördermenge von 770 m³ bedeutet. Nach Müller (2018) sollte diese tägliche Fördermenge mit 8 bis 10 Sprengungen pro Arbeitstag gewonnen werden. Pro Sprengung hätten also 77 bis 96 m³ ergeben. Der Autor des damaligen Gutachtens sah dies als Maximum an, "... dass in einem Abstand von mehr als 150 m Gebäude, Objekte und Bauwerke mit großer Wahrscheinlichkeit physikalisch bedingt keinen Schaden erleiden können." (Müller 2018, S. 40)

Statt der damals als maximal verantwortbar angesehenen Gewinnung von weniger als 100 m³ pro Sprengung will Geomet jetzt aber 1.770 m³ pro Detonation unter Cínovec/Zinnwald herausprengen! Dies entspräche dem 18- bis 23-fachen dessen, was 2018 als wahrscheinlich schadlos für Gebäude in 150 Metern Entfernung ermittelt worden war.

Es muss als vollkommen unrealistisch angesehen werden, dass die gewaltigen Sprengungen keine schweren Schäden in Cínovec/Zinnwald verursachen würden. Vielmehr ist zu befürchten, dass dem Ort alsbald das gleiche Schicksal droht wie zum Beispiel Kiruna in Schweden: Unbewohnbarkeit und Umsiedlung.

Auch hier im Ost-Erzgebirge belegen zahlreiche Pingen wie in Altenberg, am Mückenberg oder bei Sadisdorf, dass die Ressourcengier allzuoft schon die Tragfähigkeit des Deckgebirges überstieg! Eine große "Zinnwalder Pinge" muss mit Sicherheit ausgeschlossen werden - was nur durch drastische Reduzierung der Förderziele und minimalinvasive moderne Bergbautechnologie möglich wäre.

Altbergbau und Tagesbrüche

Völlig unterschätzt werden in den UVP-Unterlagen die besonderen Risiken, die von den vielen Hohlräumen und Instabilitäten des historischen Altbergbaus unter Cínovec/Zinnwald ausgehen. Diese "Schweizer-Käse-Zone" erstreckt sich bis in rund 100 m Tiefe unter der Oberfläche und umfasst auch unbekannte ("nicht risskundliche") Stolln, Schächte und weitere Schwachstellen der Tragfähigkeit des Gebirgsstocks. Es trifft mitnichten zu, dass das Sprenggutachten auf "rundum massives Gestein, wenig gestört" (Unterlage 14, S.34) bauen kann.

Bereits ganz ohne jegliche unterirdische Sprengungen kommt es immer wieder zu Tagesbrüchen, bei denen bisher nur durch glückliche Umstände noch keine Opfer zu beklagen waren. Zuletzt ereigneten sich derartige Bergschäden im Jahr 2019 am Zinnwalder Huthaus (rund 50 m von der Staatsgrenze entfernt) sowie 2025 vorm Gemeindehaus Zinnwald-Georgenfeld (ca. 130 m nördlich der Grenze). Soweit es aus der chaotisch strukturierten Dokumentenfülle der Geomet-Unterlagen ersichtlich ist, werden derartige Tagesbrüche - bzw. die Zunahme der Wahrscheinlichkeit infolge von unterirdischen Großsprengungen - überhaupt nicht berücksichtigt. Angesichts der realen Ereignisse kann dies nur als vorsätzliche Unterschlagung von schwerwiegenden Risiken gewertet werden!

Erschwerend kommt hinzu, dass die Sprengungen nicht nur *unter*, sondern auch *neben* dem Altbergbau erfolgen sollen. Als oberen AbbauhORIZONT gibt das Sprenggutachten 736 m üNN an (Unterlage 14, S.23). Während für die Wohnbebauung auf tschechischer Seite davon ausgegangen wird, dass sie sich *über* dem geplanten Bergwerk befindet, wird in den Berechnungen von Geomet nicht darüber diskutiert, dass sich die Häuser in Zinnwald in geringerer Höhe befinden und durch die Stollen des Altbergbaus eine horizontale Weiterleitung der Druckwellen der Sprengung ausgelöst werden kann. Der Tiefe-Bünau-Stolln samt Besucherbergwerk befindet sich in 740 Meter Höhe - also in etwa der gleichen Höhe wie der oberste AbbauhORIZONT auf der anderen Seite der Grenze. Eine Berechnung der horizontalen Wirkungen der Sprengungen wurde nicht durchgeführt.

Das Gutachten konstatiert lediglich, dass die sich unter Tage befindlichen Besucher des Schaubergwerks "erschrecken" können. Aber: "Dieses Problem kann gelöst werden, indem die Mitarbeiter des Stollens Tiefer Bünau über die Termine der Durchführung von sprengungen informiert werden." (Unterlage 14, S.27) Derartige Verharmlosung grenzt schon an Verhöhnung!

Wir fordern dringend eine unabhängige und kritische Überprüfung des Sprenggutachtens von Geomet!

Wasser

Hydrologisches Geomet-Modell versus Realität

Grundlage für alle Einschätzungen zu Landschaftswasserhaushalt, Abflussmengen in Fließgewässern sowie Auswirkungen auf Flora und Fauna bildet ein Hydrologisches Modell - ***das offenkundig falsch ist!***

Wie aus der Abbildung 14 in Dokument 5f ersichtlich ist, überschätzt das Modell in den letzten Jahren tendenziell den durchschnittlichen Durchfluss im Roten Wasser. viel schlimmer ist aber, dass das Modell nicht in der Lage ist, Niedrigwasserereignisse abzubilden. In der Realität lag der Wasserabfluss in den Sommermonaten in erschreckender Regelmäßigkeit nahe Null, also knapp vor der Komplettaustrocknung - mit all den schlimmen Folgen für aquatische Organismen und den Wasserhaushalt der Bachauenbereiche. Das hydrologische

Modell indes errechnete allerhöchstens Minimalwerte von 0,15 bis 0,2 m³/s. Regelmäßig weist das Modell selbst in prasselgetrockenen Sommermonaten wie zuletzt 2025 Abflussspitzen auf, die in der Realität nicht stattgefunden haben.

Das bedeutet unter anderem, dass die für die Gewässer auf der deutschen Seite errechneten, ohnehin schon völlig inakzeptablen Abflussreduzierungen infolge der Bergbauprojekte noch weitaus drastischer ausfallen werden. Zu erwarten ist die vollständige Entwertung wichtiger Müglitzzuflüsse als Gewässerlebensräume.



Desweiteren ist die Darstellung der Differenzkarte der simulierten Tiefe des oberflächennahen Grundwasserspiegels der Abbildung 62 der Studie 05f für die Abschätzung der Auswirkungen auf deutscher Seite unbrauchbar. Diese zeigt nur den Zustand im Jahr 2034 an. Die Grundwasserabsenkungen werden im östlichen Kartenteil nur für tschechisches Gebiet angegeben und enden abrupt an der deutschen Grenze. Im Jahr 2034 wird der Bergbau ca. 1800 Meter von der deutschen Grenze entfernt sein, da der Abbau im südlichen Teil des überplanten Gebietes begonnen werden soll. In den Folgejahren wird der Abbau bis auf 50 m an die Grenze heranrücken. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Grundwasserabsenkungen in Zinnwald-Georgenfeld, am Georgenfelder Hochmoor und in der gesamten Grenzregion erheblich gravierender sein werden als in Abbildung 62 angegeben.

Zu beachten ist weiterhin, dass infolge des Klimawandels Dürrephasen wie in den letzten Jahren (und besonders auch in diesem Winter/Frühjahr) noch zunehmen werden. Um die Wasserversorgung für Menschen und Natur auch künftig sicherzustellen, muss dies bei der Planung jedweder Eingriffe in das Wasserregime berücksichtigt werden. Einen "Klimawandelfaktor" scheint das von Geomet beauftragte Hydrologische Modell nicht zu beinhalten.

Wir fordern dringend die unabhängige Neuerstellung eines grenzüberschreitenden, kumulativen Hydrologischen Modells, dass die Realität tatsächlich widerspiegelt und dabei auch Klimaprojektionen für die nächsten Jahrzehnte berücksichtigt!

Wasserrahmenrichtlinie

Die prognostizierten (und höchstwahrscheinlich noch unterschätzten) drastischen Reduzierungen der Abflussmengen im Heerwasser, dem Erdbach und wohl auch der anderen Zuflüsse des Roten Wassers machen eine Zielerreichung eines "guten ökologischen Zustands" gemäß WRRL der Europäischen Union unmöglich.

Trinkwasserversorgung

Das Gebiet nördlich des Erzgebirgskammes ist von außerordentlich hoher Bedeutung für die Trinkwasserversorgung der Region, bis hinab zu den Ballungszentren im Elbtal. Jegliche Reduktion der Wasserverfügbarkeit durch die Bergbauprojekte ist auszuschließen. Dies haben

die sächsischen Wasserbehörden im Rahmen der Raumverträglichkeitsprüfung von Zinnwald Lithium plc/GmbH überaus deutlich gemacht. Dem Projekt, das tatsächlich auch Talsperren und Fließgewässer zur Deckung seines Wasserbedarfs in Betracht gezogen hatte, wurden hohe Hürden aufgezeigt.

Da einerseits der Großteil der Quellgebiete auf der tschechischen Seite liegt, andererseits die Zuflüsse der Müglitz auch durch Grubenwasser aus den historischen Altbergbauanlagen gespeist werden, kommt dem Vorhaben von Geomet s.r.o. ebenfalls eine enorm große Verantwortung für die Trinkwasserversorgung von zehntausenden, wahrscheinlich hunderttausenden Menschen zu.

Infolge klimawandelbedingter Dürrephasen stehen die Trinkwassertalsperren des Ost-Erzgebirges vor großen Herausforderungen. Dies betrifft auch die Gottleubatalssperre. Die Landestalsperrenverwaltung Sachsen beabsichtigt deshalb, Wasser aus dem Einzugsgebiet der Müglitz in die Gottleuba zu pumpen. Aus ökologischen Gründen ist dies natürlich kritisch zu sehen, zeigt aber die akute Dringlichkeit, die Trinkwasserversorgung irgendwie klimawandelresilient zu gestalten. Wenn dann aber, wie seitens des Bergbauunternehmens vorgesehen, die bisherigen Wasserzuflüsse von der tschechischen Seite unterbunden werden sollen, führt dies einerseits zu noch größerem Wasserstress in den Fließgewässern, andererseits wird damit die Sinnhaftigkeit des Vorhabens der LTV infrage gestellt. Im Rahmen einer kumulativen Betrachtung von Plänen beiderseits der Grenze müssen auch die Vorhaben der LTV unbedingt mit analysiert werden.

Sollte es infolge der täglichen Großsprengungen zu Kluftaufweitungen im Gestein und damit zur Entwässerung der Moore des Erzgebirgskammes kommen, steht auch die Wasserzuleitung zu den Galgenteichen - und damit dem Wasserwerk Altenberg - auf dem Spiel.

Wir fordern eine grenzüberschreitende Studie zu den Auswirkungen beider Bergbauvorhaben auf den Landschaftswasserhaushalt und auf die überregionale Trinkwasserversorgung. Im Zweifelsfall ist der sicheren Wasserversorgung immer Vorrang vor hochriskantem Bergbau einzuräumen!

Hochwasservorsorge

Beim Hochwasser 2002 zeigte sich sehr drastisch, wie rasch die hier am Erzgebirgskamm niedergehenden Starkniederschläge talabwärts schießen und dabei Zerstörungen in den unterhalb liegenden Ortschaften verursachen können. Dies betrifft Geising und das Müglitztal ebenso wie Dubí und das Tal der Bystřice. Auf der deutschen Seite ist die Region offiziell als Hochwasserentstehungsgebiet klassifiziert. De facto sollte dies auch für die tschechische Seite gelten.

Es muss also Sorge getragen werden dafür, dass möglichst intakte Moore und andere naturnahe Gebirgslebensräume die Wassermassen so weit wie möglich aufnehmen und zurückhalten können. Oberirdische Versiegelungen jeglicher Art wie auch die Neuschaffung von unterirdischen Abflussbahnen konterkarieren einen vorsorgenden Hochwasserschutz. Darüberhinaus ist zu erwarten, dass die gewaltigen Sprengungen untertage zu Instabilitäten bei Wasserrückhalteanlagen (an der Bundesstraße B170), vor allem aber an den Dämmen des historischen "Langen Teiches"/Dlouhý rybník führen können.

Der Themenkomplex Hochwasser scheint in den vorliegenden Unterlagen überhaupt keine Rolle zu spielen.

Wir fordern ein Gutachten, welche Konsequenzen die geplanten Bergbauvorhaben - auch in ihren kumulativen Wirkungen - für Hochwasserrückhalt und Hochwasserschutz haben werden, und mit welchen Maßnahmen diese Folgen begrenzt werden können.

Biologische Vielfalt

Kompetenz des Autors der NATURA 2000 Verträglichkeitsprüfung (Unterlage 07)

Prof. Vladimír Bejček ist unter Naturschützern bekannt dafür, mit fragwürdigen Gutachten den Weg für Landschaftszerstörungen zu ebnen. Wir mussten diese Erfahrung im Plangenehmigungsverfahren für die Autobahn A17/D8 im Jahr 2002 machen. Mit Nachdruck setzten sich damals die Grüne Liga und andere Umweltverbände für eine Untertunnelung des Erzgebirgskammes im Planungsabschnitt 3 ein. Zu den Hauptgründen gehörte die damals noch im Raum Krásný Les lebende Birkhuhn(teil)population mit mindestens zwei bekannten und bis dahin auch genutzten Balz- bzw. Brutplätzen. Die Chancen für diese Tunnellösung schienen nicht schlecht zu stehen, das verfahrensführende Regierungspräsidium Dresden zeigte sich durchaus offen. Doch die DEGES Autobahngesellschaft konnte beim Erörterungstermin am 6.5.2002 den Birkhuhnexperten Prof. Bejček als Gutachter aufbieten. Dieser betonte auffallend nachdrücklich seine Unabhängigkeit als Wissenschaftler, um dann unzweifelhaft zu postulieren, dass die geplante Autobahn keine negative Auswirkungen auf die Birkhühner der tschechischen Seite haben würde. Wohlbemerkt: ungeachtet der Tatsache, dass die Trassenplanung in der Nähe von mindestens zwei damaligen Balz-/Brutplätze vorbei führte! Gegen diese "Expertenmeinung" waren die "Laien" der Grünen Liga natürlich machtlos.

Es trat dann freilich genau das ein, was Birkhuhnexperte Bejček geleugnet hatte: mit Baubeginn der Autobahn wurden die Birkhühner im weiten Umkreis vertrieben. Einige Jahre lang gab es gehäuft Beobachtungen von offenbar ziellos umherirrenden Birkhühnern nordöstlich (im Raum Oelsen) und südwestlich (Haberfeld). Bis schließlich auch hier die Subpopulationen der europaweit gefährdeten Art erloschen. Neben anderen Faktoren war der Bau der Autobahn mit Sicherheit eine der Hauptursachen.

Herrn Bejček trifft mithin ein nicht unerhebliches Maß an Mitverantwortung für den Zusammenbruch der Birkhuhn(sub)population in diesem Teil des Ost-Erzgebirges.

Aufgrund dieser Erfahrung mit der verhängnisvollen Fehleinschätzung des Prof. Bejček empfehlen wir dem tschechischen Umweltministerium als zuständige UVP-Behörde dringend, ein unabhängiges Zweitgutachten für die NATURA-2000-Verträglichkeitsprüfung einzuholen!

Birkhuhn

Im Gegensatz zur auch in diesem Fall wieder verharmlosenden Darstellung von Herrn Prof. Bejček ("Das betroffene Gebiet des oberirdischen Teils des Vorhabens Oberes Werk befindet sich in ausreichender Entfernung - mehr als 1,5 km - von den genutzten Balzplätzen des Birkhuhns ...", Unterlage 07, S.112) teilen wir die Einschätzung des Bezirksamts Ústí n.L. vom 25.11.2025: " Durch die Umsetzung des Vorhabens wird es wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Verkehrsdichte, der Lärmbelastung und der Staubbelastung in der Nähe der betreffenden Fläche sowie zu einer potenziellen Erhöhung des Störungsgrades von Individuen des Birkhuhns im angrenzenden Gebiet kommen. Da geeignete Biotope auf dem Gebiet des Vogelschutzgebietes eher abnehmen und in den letzten Jahren ein stetiger Rückgang der Bestandszahlen der Art in dem betreffenden FFH-Gebiet beobachtet wird, ist nicht auszuschließen, dass das beabsichtigte Vorhaben – trotz der Tatsache, dass sich bedeutende Birkhuhnbiotope erst in einer Entfernung von über 1 km befinden – zur Verringerung der Attraktivität des weiteren Gebiets im Umkreis der für die Platzierung des Vorhabens abgegrenzten Fläche beitragen kann."

Anstatt die letzten Refugien einer einstmaligen großen grenzüberschreitenden und damals zukunftsreich erscheinenden Birkhuhnpopulation zusätzlich zu gefährden, muss eigentlich der Fokus auf der Wiederherstellung günstiger Bedingungen in den angestammten Lebensräumen liegen. Dazu gehört auch das Gebiet des Zinnwalder Berges / Cínovecký hřbet, der erst vor wenigen Jahren von den Birkhühnern infolge des Hochwachstums von dichten Gehölzbeständen aufgegeben werden musste. Dies fordert im Übrigen auch Artikel 4 (7) des europäischen Nature Restoration Law.

Weitere Tier- und Pflanzenarten

Bedeutsame Vogelarten der Umgebung von Cínovec / Zinnwald, für die unter anderem die SPA-Gebiete "Fürstenu", Kahleberg und Lugsteingebiet" sowie "Východní Krušné hory" eingerichtet wurden, werden in den Unterlagen zwar als Inventar dieser SPA-Gebiete benannt, aber offenbar keine sachgerechte Betroffenheitsanalyse durchgeführt oder Kompensationsmaßnahmen für die Erhaltung der Populationen entwickelt. Vielmehr wird einfach postuliert, dass das Bergwerk und seine Anlagen keine Auswirkungen haben werden. Im grneznahen Kammgebiet betrifft dies unter anderem Wachtelkönig, Braunkehlchen, Raubwürger, Neuntöter, Grau- und Schwarzspecht (Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie).

Es drängt sich der Eindruck auf, dass hierzu nicht einmal eine sachgerechte Vor-Ort-Kartierung erfolgt ist, sondern lediglich vorhandene Daten ausgewertet wurden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit trifft dies zumindest auf den deutschen Teil des Wirkraumes des Landschaftsgrößeingriffs zu. Hier fand ganz offenkundig nur eine oberflächliche Datenbankrecherche statt. Im Dokument 06 finden sich zwar lange Artenlisten und Tabellen mit Angaben von "0" bis "-2", wie sich das Bergbauvorhaben mit und ohne "Maßnahmen" auswirken würde. Welche Maßnahmen geplant sind, wer diese Maßnahmen wie und bis wann umsetzen soll - dazu gibt es keine Aussagen.

Die Planungsunterlagen entsprechen von daher in keinsten Weise den Mindeststandards, denen eine Umweltverträglichkeitsprüfung gerecht werden sollte!

Wir fordern nachdrücklich eine grenzüberschreitende Erfassung der vorkommenden geschützten, gefährdeten oder anderweitig bedeutsamen Tier- und Pflanzenarten in einem Umkreis von mindestens zwei Kilometern um das Bergbauvorhaben (Ausdehnung untertage) plus mindestens fünf Kilometer entlang der angrenzenden Täler. Die Kartierungen müssen nach einheitlichem Standard auf beiden Seiten der Grenze erfolgen und zumindest folgende Artengruppen umfassen: Wirbeltiere (alle), Insekten (insb. Artengruppen der Moore, Berg- und Feuchtwiesen, Steinrücken, Alt- und Totholzbewohner), Gefäßpflanzen, Moose, Flechten, Großpilze.

NATURA 2000

Angesichts der hochgradigen Bedrohung der Landschaften und Lebensräume über den großindustriellen Bergbauvorhaben mit unvorstellbar gigantischen täglichen Sprengungen kann man kaum glauben, dass der Autor der NATURA-2000-Verträglichkeitsstudie zur finalen Auffassung gelangt: "Abschließend lässt sich feststellen, dass das vorgelegte Vorhaben 'Abbau und Verarbeitung von Erzen aus der Lagerstätte Cínovec' in keiner der vorgeschlagenen Varianten einen erheblichen negativen Einfluss auf die Kohärenz und den günstigen Zustand der Schutzgegenstände irgendeines Vogelschutzgebiets und irgendeines FFH-Gebiets hat."

Die Einschätzung baut auf völlig unrealistischen Grundlagen auf: der vermeintlichen Sicherheit, dass der Bergbau nur untertage stattfindet und oberirdisch davon nicht viel zu

merken sein wird, und dass auch die Auswirkungen auf das Wasserregime minimal wären. Ersteres beruht auf einem dubiosen Sprenggutachten, wonach das Zwanzigfache an Sprengintensität realisierbar wäre gegenüber dem, was ein anderes Sprenggutachten (Müller 2018) wenige Jahre zuvor als Höchstgrenze ermittelt hatte. Letzteres auf einem nachweislich unzutreffenden hydrologischen Modell, das die Auswirkungen bei Niedrigwasser unterschätzt und Sprengfolgen wie die Aufweitung von Gesteinsklüften komplett unterschlägt.

Die drastische Reduktion des Wasserabflusses in die Fließgewässer nördlich/nordöstlich von Zinnwald wird sehr wohl große Auswirkungen auf LRT der dortigen FFH-Gebiete haben. Selbst das Heerwasser, für das selbst das fragwürdige hydrologische Modell einen Durchflussrückgang von 43 % (bei zusätzlichem Betrieb des deutschen Bergwerks sogar 64 %) vorhersagt, ist als LRT 3260 (Fließgewässer mit Unterwasservegetation) erfasst.

Das europäische Schutzgebietsnetz NATURA 2000 wurde nicht geschaffen, um es bei erstschlechtester Gelegenheit wirtschaftlichen Interessen zu opfern!

Wir fordern eine verantwortungsvolle grenzüberschreitende FFH-Verträglichkeitsprüfung durch ein unabhängiges kompetentes Planungsbüro, mitsamt einer genauen Erfassung der tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort anstatt einer reinen desktop study!

Moore

Cínovec / Zinnwald-Georgenfeld ist von einigen zahlreichen Kammmooren umgeben, denen nicht nur eine große Rolle als Wasser- und CO₂-Speicher zukommt, sondern die gleichermaßen eine bedeutende Biologische Vielfalt beherbergen. Viele einstmals im Ost-Erzgebirge weit verbreitete Arten nährstoffarmer Nassstandorte haben hier ihre letzten Refugien. Der Klimawandel mit einer bedenklichen Häufung niederschlagsarmer (v.a.: schneearmer) Witterungsperioden einerseits und temperaturbedingt erhöhten Verdunstungsraten andererseits setzt diesen wichtigen Biotopen ohnehin schwer zu. Mit aufwendigen, teuren Projekten und viel ehrenamtlichem Engagement versuchen Naturschützer, über Grabenstau- und anderen Maßnahmen gegenzusteuern. Dies geschieht auch grenzübergreifend unter Einsatz nicht unerheblicher Steuermittel. Stellvertretend sei das deutsch-tschechische Projekt Tetraovit genannt, das auch der Erhaltung der letzten Birkhuhnpopulation gewidmet war. (Bemerkenswert: das Projekt Tetraovit wird weder in Unterlage 06 "Bewertung der Auswirkungen des Eingriffs auf die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes" noch in Unterlage 07 "NATURA2000-Verträglichkeitsprüfung" erwähnt.)

Jegliche zusätzliche Gefährdungen der Moore sind unbedingt auszuschließen!

Auch die vom (offenbar sowieso unzutreffenden - siehe vorherigen Abschnitt "Wasser") Hydrologischen Modell vermutlich schöngerechnet-geringe Absenkung des oberflächennahen Grundwasserspiegels im Bereich der Moore beiderseits der Grenze würden den Anstrengungen zur Wiederherstellung der Moorökosysteme zuwiderlaufen.

Noch viel mehr als die Absenkung des Grundwasserspiegels aber bedrohen die täglichen Großsprengungen zum einen den Wassereinzug aus der Umgebung und zum anderen die Abdichtungsschicht im Untergrund der Moore. Die in der "Eingriffsbewertung" aufgestellte Behauptung, dass unsere Hochmoore überwiegend durch Niederschlagswasser gespeist werden (Unterlage 06, S. 323), trifft zumindest für das Georgenfelder Hochmoor nicht zu - und sehr wahrscheinlich ebenfalls nicht für die Moore auf der tschechischen Seite. Der seitliche Zustrom nährstoffarmen Kluftwassers aus dem umgebenden Rhyolith spielt für den Wasserhaushalt hier eine ganz entscheidende Rolle. Es ist überhaupt nicht absehbar, wie sich die Sprengungen auf dieses komplexe Kluftsystem auswirken würden. Zu befürchten ist, dass

sich infolge der jahrelangen Abfolge täglicher Erschütterungen Klüfte aufweiten könnten, so dass das bisher seitlich austretende und den Mooren zufließende Oberflächen- (oder oberflächennahe) Wasser in der Tiefe verschwindet. Das Hydrologische Gutachten nimmt dies ebensowenig in Betracht wie die NATURA-2000-Verträglichkeitsprüfung!

Noch kritischer ist wahrscheinlich auch die zu befürchtende Verletzung der grundabdichtenden Schichten unter den Moorkörpern. Aus Fehlern bei früherem Technikeinsatz für Wiedervernässungsmaßnahmen wissen wir, wie geringmächtig - und verletzlich! - diese tonreiche Schicht ist, die dem klüftigen Rhyolith aufliegt. Ihre wichtigste Funktion, das Versickern des Moorwassers im Untergrund zu verhindern, beruht wahrscheinlich nur auf wenigen Dezimetern, stellenweise sogar nur Zentimetern! Kommt es infolge der täglichen Sprengerschütterungen zu Kluftaufweitungen im Untergrundgestein und zu Rissen der Tonschicht, kann dies im schlimmsten Fall gleichsam "den Stöpsel ziehen" unter dem gestauten Moorwasser.

Wir fordern dringend ein unabhängiges moorhydrologisches Gutachten für das Georgenfelder Hochmoor und das angrenzende Cínovecké rašeliniště, das Seeheidemoor / U jezera (die ein gemeinsames Verbundsystem mit dem Georgenfelder Hochmoor bildet), die Moore nördlich und westlich des Zinnwalder Berges / Cínovecký hřbet und das auf deutscher Seite an diese angrenzende Moor im Quellgebiet des Kalten Brunnens!

Weitere Lebensräume

Außer den "echten" Mooren prägen zahlreiche anmoorige Feucht- und Nasswiesen die Umgebung von Zinnwald-Georgenfeld und Cínovec. Auch diese stehen seit Jahren unter zunehmendem Trockenstress, auch bei diesen wäre zusätzliche Entwässerung durch die Bergbauprojekte beiderseits der Grenze zu erwarten. Selbst die vermeintlich geringen Grundwasserabsenkungen, die das Hydrologische Modell in den Anfangsjahren für die deutsche Seite angibt, hätten schwere biotopschädigende Auswirkungen (wenn sich der Geomet-Bergbau später in Richtung Deutschland heransprengen würde, wäre das Modell sowieso obsolet). Ein besonders bedeutendes Beispiel für derartige nährstoffarme Nasswiesen, teilweise mit dem Charakter eines heute sehr seltenen feuchten Borstgrasrasens (FFH-Lebensraumtyp!), ist die von der Grünen Liga Osterzgebirge mit Altenberger Schülerinnen und Schülern alljährlich gepflegte "Zinnwalder Wiese". Diese befindet sich unmittelbar an der Grenze, südwestlich des Tunnels der Bundesstraße.

Im weiteren Sinne gefährden der Bergbau und seine Folgen (außer Wasserentzug auch Verkehr, Staub- und Schadstoffemissionen) zahlreiche artenreiche Bergwiesen in Zinnwald. Teilweise kommen hier noch seltene und gefährdete Arten wie Schwarze Teufelskralle und Arnika vor. Derartige Kulturlandschaftsbiotope sind nicht nur direkt durch die Bergbauauswirkungen bedroht, sondern auch indirekt: Naturverbundene Menschen, die derzeit noch in Zinnwald leben und sich mit hohem Freizeitengagement für den Erhalt dieser artenreichen Wiesen in ihrem unmittelbaren heimatlichen Umfeld engagieren, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die dann stark gestörte Region verlassen.

Auch einige bedeutende Altbäume gibt es im Siedlungsraum Zinnwald, die im Baumdenkmalprogramm der Grünen Liga Osterzgebirge erfasst sind und von Baumdenkmalpaten betreut werden. Diesen würde zusätzlicher, bergbaubedingter Dürrestress ebenfalls schaden.

Bei den geplanten Dimensionen der jahrelangen täglichen Großsprengungen unter Zinnwald / Cínovec wäre aber ohnehin der worst case zu befürchten: der Kollaps des Untergrunds unter der historischen Bergsiedlung mitsamt ihrer bedeutenden Biotopausstattung.

Wir fordern eine umfassende, grenzüberschreitende Biotopkartierung im Umfeld des geplanten Bergbauvorhabens um Cínovec / Zinnwald durch erfahrene und ortskundige Biotopkartierer. Die UVP muss auch eine worst-case-Betrachtung anstellen und darlegen, wie im Falle der Totalzerstörung wertvoller Biotope Kompensation geschaffen werden kann.

Emissionen

Schadstoffemissionen aus den Bewetterungsschächten

Bei den vorgesehenen täglichen Großsprengungen ist zu erwarten, dass aus den Bewetterungsschächten erhebliche Schadstoffmengen austreten werden. Es wäre wichtig zu wissen, welche Stoffe in welchen Mengen dabei zu erwarten sind - und wie sich diese auf Mensch und Natur auswirken können. Abgesehen von den vorherrschenden Windrichtungen aus Süd bis Südwest, die die Abgase in Richtung Deutschland verfrachten, müssen weitere besondere meteorologische Bedingungen der Region beachtet werden. Einerseits können tage- bis wochenlang austauscharme Inversionswetterlagen vorherrschen, die zur Anreicherung der Schadstoffe unterhalb der "Sperrschicht" führen. Andererseits prägt aber oft auch der sogenannte "Böhmische Nebel" die Witterung in Zinnwald. In diesem können sich Schadstoffe lösen und sich dann in gelöster Form niederschlagen (im Winter oft als "Anraum"/Raufrost).

Zu Zeiten der extremen Schwefeldioxidkonzentrationen infolge ungefilterter Braunkohleverbrennung führten insbesondere die Nebelniederschläge zu extrem hohen Säureeinträgen und infolgedessen zum "Waldsterben", das dem Ost-Erzgebirge einst traurige Berühmtheit verschaffte.

Beim jetzt geplanten Bergbau handelt es sich aufgrund der Dimensionen ebenfalls um ein emissionsintensives Industrievorhaben. ***Die Bewetterungsschächte müssen deshalb mit entsprechenden Filteranlagen ausgestattet werden, die jegliche toxischen Emissionen unterbinden.***

Darüberhinaus ist ein engmaschiges Luftüberwachungsnetz beiderseits der Grenze aufzubauen, das beim Auftreten von toxischen Immissionen (z.B. infolge Havarien) sofort Notfallpläne auslöst.

Staub

Es ist zu erwarten, dass mit dem Beginn des Untertagebergbaus auch das zweite Vorhaben, die Aufarbeitung der Halde der ehemaligen Grube Cínovec I ("Militärschacht") realisiert wird. Innerhalb einer Immissionsgesamtbetrachtung sollten die davon ausgehenden Staubemissionen innerhalb einer gemeinsamen UVP analysiert werden.

Verkehr

Mit Baubeginn wird eine drastische Zunahme des LKW-Verkehrs auf der Straße zwischen Dubí und Cínovec einsetzen, die voraussichtlich den einstmals unheilvollen Zuständen auf der E55 nahekommen kann. Während der Bauphase ist mit durchschnittlich 256 Lkw pro Tag zu rechnen - d.h. ca. aller 4,8 Minuten ein (zusätzlicher) Laster auf der steilen Gebirgsstraße, wenn 365 Tage im Jahr, 7 Tage pro Woche, 24 Stunden lang gefahren werden kann. Da eine

solche "Rund-um-die-Uhr"-Arbeit unwahrscheinlich ist, wird das tatsächliche LKW-Aufkommen in den Betriebsstunden sogar noch wesentlich höher sein.

Während der Betriebsphase des Bergwerks (Vollbetrieb geplant ab 2034) reduziert sich die Zahl der Lkw-Fahrten auf knapp 100. Bei Abzug von Wochenenden, Feiertagen und Nachtstunden werden diese sich aber immer noch auf eine Fahrt pro ca. 5 Minuten aufkonzentrieren.

Diese dauerhafte Zunahme von Schwerlastverkehr auf der nun als I8 bezeichneten Straße wird zwangsläufig mit einer starken Wiederzunahme von Schadstoffemissionen einhergehen. Darunter leiden muss zuerst die Bevölkerung auf der tschechischen Seite des Erzgebirgskammes, aber es ist zu erwarten, dass die vorherrschenden Südwinde die Stickoxide, Feinstäube und PACs auch bis nach Deutschland transportieren werden.

Generell muss unbedingt gelten: das Verbot für grenzüberschreitenden Schwerlastverkehr auf der B170 / I8 ist strikt und ausnahmslos einzuhalten!

Fazit

Wir fordern das Umweltministerium der Tschechischen Republik auf, das Vorhaben auf der Basis der vorliegenden Unterlagen nicht zu genehmigen. Erforderlich ist vielmehr eine ganzheitliche, grenzüberschreitende und qualitativ wesentlich ausgereifere UVP, die den Vorgaben des Espoo-Übereinkommens ebenso entspricht wie den naturräumlichen Erfordernissen. Statt in Konkurrenz gegeneinander zu arbeiten, sollten die Lithium-Bergbauunternehmen beiderseits der Grenze zu intensiver Zusammenarbeit gezwungen werden. Tatsächlich umsetzbar - ohne irreversible Schäden an der höchst wertvollen Natur des Ost-Erzgebirges - wäre am Ende nur ein wesentlich kleineres Gemeinschaftsprojekt.

Die vorliegenden Planungsunterlagen zeigen, dass das aktuelle Geomet-Vorhaben in seinen extremen Dimensionen nicht umweltverträglich sein kann.